

Österreich zieht die Notbremse: Lockdown und Impfpflicht

Drastisch Österreich zieht angesichts der massiven vierten Coronawelle die Notbremse. Das Land werde ab Montag erneut in einen Lockdown gehen, der für Geimpfte und Genesene definitiv spätestens am 13. Dezember enden soll.

VON MATTHIAS RÖDER
UND ALBERT OTTI, DPA

Für Ungeimpfte werde der Lockdown aber weitergehen. Als erstes Land in der EU will Österreich obendrein eine Corona-Impfpflicht ab Februar 2022 einführen. «Wir wollen keine fünfte Welle, wir wollen keine sechste und siebte Welle», erklärte Schallenberg. Der Lockdown führt auch dazu, dass die Skisaison voraussichtlich erst Mitte Dezember starten kann. Ab Montag gelten die aus vorangegangenen Ausgangsbeschränkungen bekannten Regeln. Das Zuhause darf nur aus zwingenden Gründen verlassen werden. Dazu zählen der Weg zur Arbeit, Einkäufe für den täglichen Bedarf, der Gang zur Apotheke oder zum Arzt sowie der Aufenthalt im Freien zur Erholung. Als Konsequenz findet der Spitzensport nur noch vor leeren Rängen statt, in der Fussball-Bundesliga kehren die Geisterspiele zurück. Eine FFP2-Maskenpflicht gilt in allen Innenräumen. Die Ausgangsbeschränkungen seien ein schwerer Schritt. «Das schmerzt enorm», sagte der Kanzler. Ohne sie beim Namen zu nennen, kritisierte er die in Österreich einflussreiche rechte FPÖ heftig. Deren Impfkritik sei ein «Attentat auf unser Gesundheitssystem», meinte der Kanzler. Die FPÖ, die in Umfragen auf rund 20 Prozent kommt, erhob ihrerseits schwere Vorwürfe. Österreich sei nun auf dem Weg in eine «Diktatur», so der selbst an Corona erkrankte FPÖ-Chef Herbert Kickl. Er rief die Menschen zu Demonstrationen am Samstag in Wien auf. Es werden mehrere Tausend Teilnehmer erwartet. Laut Polizei werden 1300 Beamte im Einsatz sein, um unter anderem die Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken zu überwachen.

Gebeuteltes Weihnachtsgeschäft

Der Lockdown beeinträchtigt das Weihnachtsgeschäft extrem, so der Geschäftsführer des Handelsverbands, Rainer Will. Ein Teil der Geschäfte sei existenziell gefährdet. «Die Branche muss Umsatzverluste von rund 2,7 Milliarden Euro verkraften.» Finanzminister Gernot

Wieder Lockdown, Impfpflicht kommt



Lockdown

- Ab 22. November, geplante Dauer bis zum 12. Dezember, für Ungeimpfte länger
- Ausgangsbeschränkungen mit den gewohnten Ausnahmen (z. B. Arbeit, Grundversorgung für sich und andere, Bewegung/Sport)



Impfen

- Impfpflicht geplant ab Februar 2022
- Dritte Impfdosis nach vier Monaten möglich
- Grüner Pass: Gültigkeit ohne dritten Stich auf 7 Monate verkürzt (gilt ab 1. Februar 2022)



Kindergärten/Schulen

- Sollen grundsätzlich geöffnet bleiben
- Keine Präsenzplicht, an Eltern wird appelliert, Kinder daheim zu lassen
- Durchgehende Maskenpflicht an Schulen (MNS bzw. FFP2)



FFP2-Masken

- Verpflichtend in allen Innenräumen



Arbeitsplatz

- Homeoffice empfohlen, Umsetzung auch im Bundesdienst
- Weiterhin 3G am Arbeitsplatz



Kontrollen

- Werden verstärkt, Strafen erhöht

Grafik: © APA

APA

Blümel stellte für besonders betroffene Branchen wie Handel und Tourismus weitere Wirtschaftshilfen in Aussicht.

Die österreichischen Medien gehen mit der Regierung hart ins Gericht. Die Zeitung «Die Presse» spricht von einem Staatsversagen und «unerträglicher Fahrlässigkeit», weil die Regierung es versäumt habe, rechtzeitig zu handeln. Zumindest eine gewisse Nachdenklichkeit ist dies-

mal bei der Pressekonferenz von Schallenberg und anderen Spitzenpolitikern zu spüren. Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) entschuldigte sich für den koalitionsinternen Streit über härtere Corona-Massnahmen. «Leider sind auch wir als Bundesregierung an mancher Stelle hinter unserem Anspruch zurückgeblieben.» Ein Grund für die mangelnde Vorsicht von Teilen der Bevölkerung könnte auch die

Ansage von Ex-Kanzler Sebastian Kurz im Sommer gewesen sein, dass die Pandemie für die Geimpften vorbei sei. Die ÖVP hatte sogar plakatiert: «Die Pandemie gemeistert, die Krise bekämpft.»

Mediziner begrüßen Entscheidung

Mediziner zeigten sich erleichtert über den Lockdown. Die täglichen Rekordwerte bei den Infektionszahlen würden sich erst verzögert in den Normal- und Intensivstationen widerspiegeln. «Es ist wirklich höchste Zeit für eine Vollbremsung», so die Österreichische Gesellschaft für Anästhesiologie, Reanimation und Intensivmedizin.

Die Sieben-Tage-Inzidenz steht in Österreich bei rund 1000. Seit mehr als einer Woche werden täglich mehr als 10 000 neue Infektionen mit dem Coronavirus gemeldet. Kliniken gelangen an ihre Kapazitätsgrenzen. Besonders dramatisch ist die Lage in Salzburg und Oberösterreich mit Inzidenzen über 1500 pro 100 000 Einwohnern.

Zu den bisherigen Massnahmen zählte eine 3G-Regel am Arbeitsplatz. Die Beschäftigten müssen nachweisen, dass sie geimpft, genesen oder getestet sind. Am 8. November folgte die 2G-Regel für Veranstaltungen, Gastronomie und Tourismus, die Ungeimpften den Zutritt zu weiten Bereichen in der Freizeit verwehrte. Am Montag traten noch schärfere Ausgangsbeschränkungen für Ungeimpfte in Kraft.

Für den Tourismus ist die Entwicklung unmittelbar vor dem geplanten Start der Wintersaison erneut ein schwerer Rückschlag. Sie bedeute über den Umsatzverlust hinaus einen erheblichen Imageschaden, sagte Susanne Kraus-Winkler vom Fachverband Hotellerie in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ). Die Gäste seien nicht nur wegen der schönen Landschaft gekommen, sondern auch wegen des Gefühls der Sicherheit. «Sicherheit ist die neue Währung im Tourismus.» Der Lockdown selbst sei alternativlos. «Wir müssen das jetzt mittragen», sagte Kraus-Winkler. Die Branche setze auf ein Durchstarten in der zweiten Saisonhälfte ab Mitte Januar. «Wir hoffen, dass noch was zu retten ist», meinte die Expertin.

Die österreichische Regierung greift zu drastischen Massnahmen. (Foto: APA)



Vorarlberg

17 Intensivpatienten mit Covid-19 infiziert

FELDKIRCH Am Donnerstag wurden 16 an Covid-19-erkrankte Personen in den Vorarlberger Spitälern aufgenommen und 10 Covid-19-Patienten wurden aus dem Krankenhaus entlassen. Derzeit müssen laut aktuellem Lagebericht der Vorarlberger Krankenhäuser 17 Covid-19-Patienten auf der Intensivstation behandelt werden, davon seien 3 Patienten geimpft. Neben den Covid-19-Intensivpatienten würden derzeit auch 19 Nicht-Covid-19-Patienten intensivmedizinisch betreut. Aktuell seien damit noch 32 der insgesamt 68 Intensivbetten für alle Patientengruppen verfügbar. Im Bedarfsfall können die Vorarlberger Spitäler die intensivmedizinische Versorgung stufenweise auf max. 104 Beatmungsplätze aufstocken. Insgesamt würde mit Stand Donnerstag 99 Covid-19-Patienten in den Krankenhäusern stationär betreut, davon seien laut Auswertung 47 vollständig geimpft. Zudem sind am Donnerstag zwei Menschen in den Vorarlberger Krankenhäusern im Zusammenhang mit dem Virus verstorben. Doch nicht nur die Patienten, sondern auch die Mitarbeiter sind von den steigenden Fallzahlen betroffen. Von den rund 6000 Mitarbeitenden der Vorarlberger Krankenhäuser sind zurzeit 102 Mitarbeitende Corona-positiv getestet und 17 in Quarantäne. Das heisst, es können insgesamt 119 Mitarbeitende - coronabedingt - nicht arbeiten, was etwa 2 Prozent der Beschäftigten entspricht. (alb/pd)

Lockdown und Impfpflicht

«Notwendiger Schritt aus Vorarlberger Sicht»

BREGENZ Die österreichischen Landeshauptleute und die Bundesregierung haben sich am Freitag auf einen Lockdown für ganz Österreich ab Montag, den 22. November, und auf die Einführung einer Impfpflicht gegen das Coronavirus ab Februar verständigt. Eine Entscheidung, die angesichts der rasant steigenden Infektionsfälle, der hohen Zahl von coronabedingten Spitalaufnahmen und der Auslastung in den Intensivstationen unumgänglich gewesen sei, begründeten der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner und Landesrat Johannes Rauch das abgestimmte Vorgehen aller neun Länder mit dem Bund.

«Richtig und leider unausweichlich»

Alle Verhandlungspartner hätten sich für eine «gemeinsame Linie» eingesetzt, «es war besonders intensiv», fasste der Vorarlberger Landeshauptmann die Gespräche zusammen.

Er selbst habe sich immer wieder auch mit seinen Regierungskolleginnen im Land, mit Expertinnen und Experten, den Spitalärzten ausgetauscht, um sich ein Bild zu machen. Die Entscheidung zum Lockdown sei dabei niemandem leichtgefallen. Allerdings hätten die am Tisch liegenden Prognosen gezeigt, dass jedes Bundesland über kurz oder lang dort gelandet wäre, wo Oberösterreich und Salzburg heute sind. Beide Länder hätten sich bereits in den nächsten Wochen in Eigenregie einen Lockdown verordnet.

«Letztlich musste diese Führungsverantwortung wahrgenommen werden», betont der Landeshauptmann. Auch die kürzlich getroffenen Massnahmen hätten nicht ausgereicht, um die vierte Welle zu brechen. Um eine Überlastung des Vorarlberger Gesundheitssystems zu verhindern, sei deshalb ein genereller Lockdown «unausweichlich

geworden». Den Verhandlungspartnern sei auch wichtig gewesen, den Lockdown mit einer späteren Impfpflicht zu kombinieren, «um nicht alle drei, vier Monate in einen neuen Lockdown zu stolpern». Er halte das für die «richtige und leider unausweichliche Strategie», betont der Landeshauptmann. Bis dahin sollte alle Zeit zum Impfen genutzt werden, so der Appell. «Ich muss mich dafür entschuldigen, dass es zu lange gedauert hat, bis diese Entscheidung getroffen wurde. Der Lockdown ist eine Zumutung für alle und das hat die Politik zu verantworten», kommentiert Landesrat Johannes Rauch das gemeinsame Vorgehen von Bund und Ländern. Mit dieser Entscheidung gäbe es nun die Voraussetzung, um wieder ins richtige Handeln zu kommen und gemeinsam die Pandemie bewältigen zu können. Er bitte alle, sich impfen zu lassen - jede Imp-



Markus Wallner. (Foto: RM)

fung trage dazu bei, dass man gemeinsam wieder aus dieser Pandemie herauskomme. (alb/pd)